

Gerechtigkeit für Nallely und Édinson

Zum Mord an zwei Mitgliedern der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó

Von Irmgard Ehrenberger



Es waren furchtbare und schmerzvolle Nachrichten, die uns aus Kolumbien erreichten: Am 19. März wurden zwei Mitglieder der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó ermordet. Jugendliche Verwandte fanden die toten Körper von Nallely Sepúlveda (30) und ihrem Schwager Édinson David Higueta (14) in der Finca Las Delicias im Ort La Esperanza. Las Delicias ist eine gemeinschaftliche Finca der Friedensgemeinschaft, die von Nallely gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihrem Schwager Édinson seit Jahren bewirtschaftet wurde.

Der Mord erinnert an die Vorgänge in der Region in den 90er und frühen 2000er-Jahren, als Paramilitärs und Armee wüteten. Die Friedensgemeinschaft beklagt mehr als 300 Tote aus dieser Zeit sowie mehr als 1500 Menschenrechtsverletzungen während ihres 27-jährigen Bestehens. Obwohl ein nationales und internationales Netzwerk von Unterstützer:innen lautstark Gerechtigkeit verlangt, ist zu befürchten, dass der Mord an Nallely und Édinson wie so viele andere nicht aufgeklärt wird und straflos bleibt.

La Esperanza liegt rund fünf Stunden vom Hauptort der Friedensgemeinschaft, San Josecito, entfernt. Die Tatsache, dass es die Staatsanwaltschaft verabsäumte, in angemessener Zeit zum Tatort zu kommen und die Leichen zu bergen, lässt auf ein fehlendes Interesse an der Aufklärung schließen. Deshalb wurden die Leichen von der Friedensgemeinschaft zu Fuß bei strömendem Regen auf schlammigen Wegen und durch reißende Flüsse selbst nach San Josecito gebracht. Dort wurden sie von der Generalstaatsanwaltschaft entgegengenommen. Am 22. März beerdigte die Friedensgemeinschaft die beiden Ermordeten. Ermittlungen wurden erst neun Tage nach dem Mord aufgenommen, es wird auch versucht, den Mord als „Verbrechen aus Leidenschaft“ darzustellen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache, es handelt sich um einen politischen Mord.

Langjährige Spannungen

Seit Jahren wehrt sich die Friedensgemeinschaft gegen den Bau einer Straße, die, mit paramilitärischer und militärischer Unterstützung, illegal und ohne Umweltlizenzen gebaut wurde. Die Straße führt direkt zur Finca Las Delicias und es ist der Wunsch des Dorfrates von La Esperanza, dass sie durch die Finca gebaut und für Autos geöffnet wird. Die Friedensgemeinschaft hat immer die Durchfahrt durch ihre Finca Las Delicias für Motorräder, Lasttiere (Maulesel), kleine Motorlastkarren sowie Fußgänger:innen gestattet, die Durchfahrt von Autos erlaubte sie nicht.

Bereits am 6. Mai 2021 prangerte die Friedensgemeinschaft den Bau der

illegalen Straße an: „In unseren letzten Erklärungen haben wir uns auf das Projekt bezogen, das derzeit im Dorf San José de Apartadó durchgeführt wird, um Zufahrtsstraßen zu einigen der Weiler zu bauen. Wir haben uns dagegen gewandt, dass eine dieser Straßen durch ein Grundstück führt, das unserer Friedensgemeinschaft im Dorf La Esperanza gehört, und wir haben darauf hingewiesen, dass wir es nicht für richtig halten, dass diese Straßen unter Missachtung der bestehenden Vorschriften gebaut werden sollen: ohne vorherige Konsultation der Gemeinden, ohne Umweltgenehmigungen, ohne in einen Flächennutzungsplan aufgenommen worden zu sein, geplant vor allem, um den Interessen transnationaler Unternehmen zu dienen, die unsere natürlichen Ressourcen plündern und die Umwelt zerstören, deren Verwaltung paramilitärischen Strukturen in der Region anvertraut wurde, unter Einsatz von Maschinen und Militärpersonal einer Garnison (der XVII. Brigade), die unsere Region mit Blut und Schmerz überschwemmt hat...“

Anfang März dieses Jahres eskalierte die Situation und Funktionäre des Dorfrates von La Esperanza und Bewohner:innen des Ortes griffen die Finca frontal an. Insgesamt sechs Mal zerstörten sie die Begrenzungen der Finca und fuhrten mit einem Auto auf das Privatgrundstück. Sie zerschnitten Zäune und zerstörten mit Motorsägen das Holzgatter, das sie in Brand setzten. Und jedes Mal reparierte die Friedensgemeinschaft im Sinne des gewaltfreien Widerstands den Schaden.

Acht Tage vor dem Mord wurde im Büro des Bürgermeisters in Anwe-



senheit von Anwält:innen und Beamnt:innen sowie von Gloria Cuartas, der Direktorin der Einheit für die Umsetzung des Friedensabkommens Kolumbiens, Mitglied der Nationalregierung, eine regionale interinstitutionelle Kommission nach La Esperanza angeordnet. Diese wurde am 13. März durchgeführt und nach einer Straßenbegehung wurden Vereinbarungen getroffen, dass die Straße im Moment nicht gebaut werden könne, jedoch ein Lagerraum am Ende der - nicht rechtmäßig erstellten - Straße vom Bezirk gebaut werden würde.

Am Tag vor dem Mord, 18. März, war Präsident Gustavo Petro persönlich in der Bezirkshauptstadt Apartadó, wo er die Anliegen der Friedensgemeinde unterstützte. Dass trotz all dieser Bemühungen und des persönlichen Einsatzes der Regierung zwei Menschen ermordet wurden, zeigt, wie weit die politische, soziale und wirtschaftliche Machtübernahme illegaler bewaffneter Gruppen, namentlich der AGC (Autodefensas Gaitanistas de Colombia) und wirtschaftlicher Eliten vorangeschritten ist.

Diesen Gruppen ist es auch gelungen Hass gegen die Friedensgemeinde zu schüren. Auch der Mord hat nicht zu einem Innehalten geführt. In ihrem Kommuniqué vom 30. März berichtet die Friedensgemeinde: „In den Tagen rund um das Verbrechen kursierten Audios, in denen die Angreifer ihren Willen zum Ausdruck brachten, ihre Absichten auf dem Gebiet von Las Delicias mit Gewalt durchzusetzen. Einer von ihnen war Erien Tuberquia, Mitglied der Junta Comunal von La Esperanza. Er erklärte: ‘... Wenn wir uns den Gegebenheiten stellen wollen, damit die nationale Regierung auf uns hört, nun, Freunde, dann müssen wir leider Blut vergießen (...) wenn die anderen Dörfer sich nicht darum scheren, dann lasst uns kämpfen, um sie dorthin zu bringen, mit Blut und Feuer, wie sie dort sagen...’

Ein anderes Mitglied der Junta von La Esperanza, Benjamín Higuaita, sagte: ‘Wir haben Kettensägen und wir haben Personal, und wenn wir uns heute auf das stürzen, was getan werden muss (...), raus mit der Friedensgemeinde, raus mit der Friedensgemeinde, wir wollen sie nicht hier haben, wir wollen sie nicht, das ganze Dorf La Esperanza sagt; raus mit der Friedensgemeinde, raus.’ ”

Wirtschaftliche Interessen

Der jahrelange Druck, diese Straße auf dem kollektiven Land der Friedensgemeinde zu bauen, kann nicht isoliert von den wirtschaftlichen Interessen der Region gesehen werden.

Die Finca liegt in unmittelbarer Nähe zu Turbo, wo zurzeit ein Karibikcontainerhafen in Bau ist. Anschließend an das Gebiet dieser Finca der Friedensgemeinde ist das wichtigste Trinkwasserdepot der Region. Die Abholzung ist in den letzten Jahren enorm fortgeschritten, obwohl das Gebiet von CORPOURABA, der verantwortlichen Regionalverwaltung, bereits als „strategische Umweltschutzzone“ deklariert wurde. Zudem liegt die Finca über einem Kohledepot, für welches der Staat vor Jahren eine Bergbaulizenz vergeben hat.

Außerdem wird das Landstück, wie viele andere kollektive Ländereien der Friedensgemeinde, im Rahmen des Opfergesetzes von Dritten eingefordert. Der Landrückgabeprozess gilt als integraler Teil der umfassenden Landreform des Friedensvertrages von 2016, eine Priorität der derzeitigen Regierung. Dies stellt eine große Herausforderung dar, da regional in den letzten Jahren eine Akkumulation von Ländereien zu beobachten ist, die nicht unabhängig von den wirtschaftli-

chen Interessen und der Vorherrschaft der bewaffneten illegalen Gruppe AGC in der Region gesehen werden kann.

Die Friedensgemeinde versucht, ihre kollektiv bearbeiteten Fincas inklusive ihres Wassers und Waldreservoirs vor diesen Entwicklungen zu schützen und die nachhaltige Kleinbauernwirtschaft zu leben.

Konsequenzen für die internationale Begleitung

Wir hoffen, dass dieser schreckliche Mord das Bewusstsein stärkt, dass die Friedensgemeinde, die sich in einzigartiger Weise gegen den Trend der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur stellt und für die Interessen der kleinbäuerlichen Wirtschaft eintritt, jede erdenkliche Unterstützung braucht.

Wir freuen uns, dass auch Papst Franziskus am Palmsonntag seine Verbundenheit mit der Friedensgemeinde, die 2018 für das Engagement für Solidarwirtschaft, Frieden und Menschenrechte ausgezeichnet wurde, ausgedrückt hat. Und wir freuen uns, dass unser Projekt in Kolumbien, das wir gemeinsam mit Horizont 3000 durchführen, von der Diözesankommission für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Florian Kuntner-Preis in der Kategorie „Frieden-Gerechtigkeit-Versöhnung“ ausgezeichnet wurde. Mögen diese wichtigen Zeichen der Solidarität dazu beitragen, dass wir unsere internationale Begleitung verstärkt weiterführen können, im Sinne und im Andenken an Nallely und Édinson und alle, die ihr Leben für die Vision einer besseren Zukunft gegeben haben.

23. April 2024, 18.00 Uhr im Versöhnungsbund-Büro:

Vortrag von Irmgard Ehrenberger, Co-Geschäftsführerin, über ihre Projektreise nach Kolumbien und zur aktuellen Situation der Friedensgemeinde.

Anmeldung unter: office@versoehnungsbund.at

